

Antrag Nr. 23-F-69-0019

CDU, FDP, BLW/ULW/BIG

Betreff:

Deutschland-Ticket für städtische Beschäftigte
-Antrag der Fraktionen von FDP, CDU &
BLW/ULW/BIG vom 8. März 2023-

Antragstext:

Die LHW stellt ihren Beschäftigten seit einiger Zeit das JobTicket-Premium des RMV zur Verfügung, mit dem der gesamte Nahverkehr des RMV genutzt werden kann. Anfang des Jahres haben Bund und Länder beschlossen, dass ab dem 1. Mai 2023 das sogenannte Deutschland-Ticket als Nachfolger des beliebten 9-Euro-Tickets eingeführt wird. Das Ticket ermöglicht für einen Anfangspreis von 49 Euro pro Monat die Nutzung des gesamtdeutschen Nahverkehrs. Vorgesehen ist auch eine um fünf Prozent verbilligte Abgabe des Deutschlandtickets als Jobticket sofern der Arbeitgeber dieses mit mindestens 25 Prozent Rabatt an die Beschäftigten weiterreicht.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- 1.) wie viele Beschäftigten der LHW derzeit das JobTicket Premium des RMV in Anspruch nehmen.
- 2.) welche finanziellen Auswirkungen eine generelle Umstellung des bisherigen JobTicket Premium auf das Deutschland-Ticket für die LHW hätte.
- 3.) ob bereits mit den Vertretern der Beschäftigten der LHW Kontakt aufgenommen wurde, um eine Umstellung auf das Deutschland-Ticket zu diskutieren, da es z.B. über den Wegfall der Mitnahmeregelung auch gewisse Einschränkungen gibt.
- 4.) ob angedacht ist, den Beschäftigten zukünftig die Wahl zwischen dem JobTicket Premium und dem Deutschlandticket zu geben.

Wiesbaden, 08.03.2023